



Frankreich justiert seine Energiepolitik neu – nicht abrupt, aber mit strategischer Entschlossenheit. Während erneuerbare Energien offiziell weiterhin Teil des Energiemixes bleiben, steht außer Zweifel: Die Zukunft der französischen Stromversorgung soll in erster Linie auf dem Ausbau der Kernenergie beruhen. Diese Schwerpunktverlagerung ist mehr als eine technische Entscheidung. Sie markiert eine industriepolitische Weichenstellung, eine Antwort auf geopolitische Verwerfungen – und die Rückkehr zu einem staatszentrierten Verständnis von Energiesouveränität.

Vom energiepolitischen Zögern zur klaren Linie

Über Jahre hinweg war die französische Energiepolitik von Ambivalenz geprägt. Einerseits wurde der Anteil der Kernkraft an der Stromproduktion – traditionell zwischen 65 und 70 Prozent – als strukturelles Risiko diskutiert. Andererseits blieb sie das Rückgrat einer nahezu CO₂-freien Stromerzeugung. Die unter Präsident François Hollande beschlossene Reduktion des Atomanteils auf 50 Prozent bis 2025 wurde später faktisch aufgegeben.

Spätestens seit der energiepolitischen Grundsatzrede von Präsident Emmanuel Macron im Februar 2022 in Belfort ist die Richtung eindeutig: Laufzeitverlängerungen bestehender Reaktoren, der Bau von zunächst sechs neuen EPR2-Reaktoren sowie eine Option auf weitere acht. Parallel dazu wurde der staatliche Einfluss auf den Stromkonzern EDF durch eine vollständige Renationalisierung gefestigt – ein deutliches Signal, dass der Staat die strategische Kontrolle über die Energieversorgung sichern will.

Geopolitik als Katalysator

Der russische Angriff auf die Ukraine wirkte wie ein Beschleuniger dieser Neuausrichtung. Die drastische Reduktion russischer Gaslieferungen führte in vielen europäischen Ländern zu Versorgungsengpässen und massiven Preissteigerungen. Deutschland etwa musste zeitweise Kohlekraftwerke reaktivieren, um die Stromversorgung zu stabilisieren.

Frankreich war zwar 2022 von technischen Problemen in seinem Atompark betroffen, blieb jedoch strukturell weniger abhängig von fossilen Importen. Der Anteil fossiler Energieträger an der Stromproduktion ist im europäischen Vergleich gering. In Paris reifte die Erkenntnis, dass die bestehende nukleare Infrastruktur – trotz Modernisierungsbedarf – ein strategischer Vorteil ist.



Hinzu kommt der klimapolitische Druck. Frankreich hat sich wie die übrigen EU-Mitgliedstaaten zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet. Kernenergie verursacht im Betrieb nur minimale CO₂-Emissionen und kann – anders als Wind- und Solarenergie – kontinuierlich Strom liefern. In einer elektrifizierten Wirtschaft, in der Wärmepumpen, Elektromobilität und Industrieprozesse zusätzlichen Strombedarf erzeugen, gewinnt diese Grundlastfähigkeit an Bedeutung.

Erneuerbare als Ergänzung, nicht als Leitprojekt

Die erneuerbaren Energien werden nicht aufgegeben, doch sie verlieren ihren Status als strategisches Leitprojekt. Frankreich hinkt bei Wind- und Solarenergie den europäischen Zielvorgaben hinterher. Während Länder wie Spanien oder Deutschland massiv in Photovoltaik und Onshore-Wind investierten, blieb der Ausbau in Frankreich vergleichsweise moderat.

Offiziell sollen auch Offshore-Windparks und Solaranlagen weiter ausgebaut werden. Doch politisch dominiert inzwischen ein anderes Narrativ: Die Kernenergie bildet die „colonne vertébrale“, das Rückgrat des Systems; Erneuerbare sind ein ergänzendes Element.

Ein zentraler Begriff in der Debatte ist die „Pilotierbarkeit“. Kernkraftwerke liefern planbaren Strom, unabhängig von Wetterbedingungen. Wind- und Solaranlagen hingegen unterliegen natürlichen Schwankungen. Um ihre Volatilität auszugleichen, wären großskalige Speicherlösungen oder flexible Gaskraftwerke notwendig – beides mit zusätzlichen Kosten verbunden. Vor diesem Hintergrund erscheint der Fokus auf Kernenergie als Versuch, Systemstabilität und Kostenvorhersehbarkeit zu sichern.

Industrielle Wiedergeburt mit Risiken

Der Ausbau der Kernenergie ist allerdings kein Selbstläufer. Die französische Nuklearindustrie hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Schlagkraft verloren. Das EPR-Projekt in Flamanville, dessen Bau sich über Jahre verzögerte und dessen Kosten sich vervielfachten, steht sinnbildlich für strukturelle Defizite: fehlende Fachkräfte, komplexe Lieferketten, regulatorische Anforderungen.

Mit der Renaissance der Atompolitik geht daher ein ambitioniertes industriepolitisches Programm einher. Ausbildungsinitiativen, Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie



die Reorganisation von Zulieferstrukturen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Branche stärken. Schätzungen zufolge belaufen sich die Investitionen für neue Reaktoren auf mehrere Dutzend Milliarden Euro.

Gelingt dieser Kraftakt, könnte Frankreich nicht nur seine inländische Versorgung sichern, sondern auch seine Position auf dem globalen Markt für Kerntechnologie ausbauen. In Osteuropa, Großbritannien oder Asien wächst das Interesse an stabiler, CO₂-armer Energie – ein potenzielles Exportfeld für französisches Know-how.

Europäische Divergenzen

Die französische Strategie hebt sich deutlich von derjenigen Deutschlands ab, das 2023 endgültig aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Berlin setzt primär auf erneuerbare Energien, flankiert von Gas- und perspektivisch Wasserstofflösungen. Der unterschiedliche Kurs verdeutlicht, wie heterogen die energiepolitischen Vorstellungen innerhalb der EU sind.

Gleichzeitig mehren sich in Europa Stimmen, die die Kernenergie neu bewerten. Länder wie Polen, Schweden oder die Niederlande planen neue Reaktoren. Die EU-Kommission hat Kernenergie im Rahmen der Taxonomie unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig eingestuft – ein politisch umstrittener, aber symbolträchtiger Schritt.

Frankreich positioniert sich in diesem Kontext als Vorkämpfer einer „nuklearen Renaissance“. Die Regierung argumentiert, dass Energiesouveränität und Klimaschutz kein Widerspruch sein müssen, wenn technologische Kompetenz und staatliche Steuerung zusammenspielen.

Die Entscheidung für das Atom ist damit auch Ausdruck eines spezifisch französischen Staatsverständnisses: Der Staat definiert strategische Prioritäten und mobilisiert industrielle Ressourcen, um langfristige Ziele zu erreichen. Ob dieses Modell in einer Zeit knapper öffentlicher Haushalte und technologischer Umbrüche trägt, wird sich erst in den kommenden Jahrzehnten erweisen.

Fest steht: Frankreich hat sich von der energiepolitischen Unentschlossenheit verabschiedet. Es setzt auf Kontinuität in neuer Form – und auf die Überzeugung, dass Kernenergie im 21. Jahrhundert kein Relikt, sondern ein Instrument strategischer Handlungsfähigkeit ist.

Von Andreas Brucker